Allgemeine Verwaltungsvorschrift
des Bundesministers des Innern

Zweite Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der
Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Sprengstoffgesetz

A. Zielsetzung


B Lösung

Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Sprengstoffgesetz. Folgende wesentliche Änderungen sind vorgesehen:

- Anpassung der Vorschriften über den Geltungsbereich an das neue Erfassungssystem im Sprengstoffgesetz (Artikel 1 Nr. 1.1 bis 1.3)

- Abgrenzung des Anwendungsbereichs des Sprengstoffgesetzes von den Vorschriften des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen (KWKG) (Artikel 1 Nr. 1.4.2),

- Benennung bestimmter staatlicher Lehrgänge, die als Fachkundenachweis für eine Betätigung im Kampfmittelräumdienst anzuerkennen sind (Artikel 1 Nr. 6 Buchstabe a),

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn 2
ISSN 0720-2946
- Verpflichtung der Erlaubnisbehörde zur Verwendung fälschungssicherer Formularvordrucke bei der Ausstellung sprengstoffrechtsicherer Erlaubnisse (Artikel 1 Nrn. 7, 11 und 13).
- Verbesserung der Kontrolle der Einfuhr explosionsgefährlicher Stoffe durch die Überwachungsbehörden (Artikel 1 Nr. 14).
- Vorverlagerung des Abbrennens von Feuerwerken während der Sommermonate aus Lärmschutzgründen um eine halbe Stunde (Artikel 1 Nr. 21).

C. Alternativen
   Keine

D. Kosten
   Keine
Allgemeine Verwaltungsvorschrift
des Bundesministers des Innern

Zweite Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der
Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Sprengstoffgesetz

Der Chef
des Bundeskanzleramtes
Bonn, den 25. August 1986
121 (131) - 641 03 - Spr 18/86

An den
Herrn Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich die vom Bundesminister des Innern
zu erlassende

Zweite Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung
der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Sprengstoffgesetz

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des
Artikels 84 Abs. 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

(Schäuble)
(Dr. Schäuble)
Zweite Allgemeine Verwaltungsvorschrift
zur Änderung der Allgemeinen
Verwaltungsvorschrift zum Sprengstoffgesetz

vom .........................


Artikel 1

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Sprengstoffgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. März 1981 (Bundesanzeiger Nr. 63 vom 1. April 1981) wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt gefaßt:

"1. Anwendungsbereich (§ 1 SprengV)

1.1 Das Sprengstoffgesetz (SprengG) gilt für den Umgang und Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen sowie für deren Beförderung und Einfuhr im wirtschaftlichen und behördlichen Bereich, soweit die Stoffe zum Sprengen, als Treibstoffe, Zündstoffe oder als pyrotechnische Sätze bestimmt sind (Explosivstoffe) oder den Explosivstoffen gleichstehen (§ 2 Abs. 1 Satz 4 der 1. SprengV). Soweit die explosionsgefährlichen Stoffe für andere als in Satz 1 genannte Zwecke -z.B. als Hilfsstoffe bei der Herstellung anderer chemischer Erzeugnisse - (§ 1 Abs. 3 SprengG) bestimmt sind, gelten im Falle der Zuordnung zu Gruppe A alle Vorschriften des Gesetzes, im Falle der Zuordnung zu den Gruppen B und C jeweils nur die in § 1 Abs. 3 Nr. 2 oder 3 SprengG genannten Vorschriften. Im Anwendungsbereich des Abschnittes V SprengG gilt das Gesetz
auch für andere explosionsgefährliche Stoffe als Explosivstoffe. Wird mit solchen explosionsgefährlichen Stoffen entgegen ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung im nicht gewerblichen Bereich umgegangen, so gelten für diese Tätigkeiten nicht die sich aus § 1 Abs. 3 Nr. 2 und 3 SprengG ergebenden Befreiungen.

1.2

Den explosionsgefährlichen Stoffen nach § 1 Abs. 1 SprengG stehen die in § 1 Abs. 2 SprengG aufgeführten Stoffe und Gegenstände bei der Anwendung des Gesetzes gleich; auf sie sind deshalb dieselben Vorschriften wie auf Stoffe nach § 1 Abs. 1 SprengG anzuwenden.

1.2.1

Explosionsfähige Stoffe im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 1 SprengG sind feste oder flüssige Stoffe, die durch außergewöhnliche thermische Einwirkung (z.B. Flamme, glühende Gegenstände), mechanische Beanspruchung (z.B. Schlag, Reibung), Detonationsschoß (z.B. Sprengkapsel) oder durch eine andere außergewöhnliche Einwirkung zu einer chemischen Umsetzung gebracht werden können, bei der hochgespannte Gase in so kurzer Zeit entstehen, daß eine plötzliche Druckwirkung hervorgerufen wird (Explosion). Die unter § 1 Abs. 2 Nr. 1 SprengG fallenden Sprengstoffe reagieren nicht bei Durchführung der in der Anlage I SprengG beschriebenen Prüfverfahren.

1.2.2

Welche Gegenstände zu den Zündmitteln (§ 3 Abs. 2 SprengG) gehören, ergibt sich aus Anlage 2 Abschnitt II und IV Buchstabe c der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz (1. SprengV), zuletzt geändert durch Verordnung vom ................. (BGBl. I S. ...).

1.2.3

Gegenstände im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 3 SprengG sind nur Gegenstände, die keine Zündmittel oder pyrotechnischen Gegenstände sind. Hierzu gehören z.B.

- Detonatoren zur Auslösung von Sicherheitseinrichtungen,
- Kartuschen mit Treibladungspulver zur Sprengverformung,
- militärische Simulatoren
- Sprengkörper aus den Weltkriegen mit Ausnahme der Sprengkörper, die Munition im Sinne des Waffengesetzes oder Kriegswaffen im Sinne des Kriegswaffenkontrollgesetzes sind (vgl. Nr. 1.4.2).

Sprengstoffpatronen, die leglich aus Gründen der Formstabilität umhüllt sind, sind keine Gegenstände nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 SprengG.
Ist der Gegenstand Betandteil einer größeren Vorrichtung, so fällt unter den Anwendungsbereich des Gesetzes nur der Teil, in dem die Explosion eingeleitet wird. Dies ist im allgemeinen der Teil der Vorrichtung, der dem Druck der bei der Explosion entstehenden Gase unmittelbar ausgesetzt ist.

1.3 Auf explosionsgefährliche Stoffe nach § 1 Abs. 3 SprengG sind – abhängig von ihrer Gefährlichkeit – alle oder nur einzelne Vorschriften des Gesetzes anzuwenden. Diese Stoffe werden insbesondere für wissenschaftliche, analytische, medizinische oder pharmazeutische Zwecke oder als Hilfsstoffe bei der Herstellung chemischer Erzeugnisse verwendet. Zur Stoffgruppe A (§ 1 Abs. 3 Nr. 1 SprengG) gehören Stoffe höchster Gefährlichkeit. Es handelt sich um Stoffe, die nicht oder nicht nur als Explosivstoffe verwendet werden. Für die Stoffe der Stoffgruppen B und C (§ 1 Abs. 3 Nrn. 2 und 3 SprengG) gelten die Erleichterungen nur, soweit diese Stoffe nicht zur Verwendung als Explosivstoffe bestimmt sind.

Welche Gegenstände zum Sprengzubehör (§ 3 Abs. 3 SprengG) gehören, ergibt sich aus Anlage 2 Abschnitt III zur 1.SprengV; Gummischlauchleitungen, Kabel und Sprengleitungen für Tiefbohrungen sind kein Sprengzubehör.

1.4 Wegen Ausnahmen vom Anwendungsbereich des Gesetzes wird auf § 1 Abs. 4 SprengG und auf §§ 1 bis 5 der 1. SprengV verwiesen.

1.4.1 Für die Kampfmittelbeseitigung zuständige Stellen sind nur Dienststellen der Länder, nicht beauftragte Stellen.

1.4.2 Als Schußwaffen im Sinne des Waffengesetzes (WaffG) gelten auch Geräte, die den Schußwaffen nach § 1 Abs. 2 WaffG gleichgestellt sind (§ 1 Abs. 4 Nr. 4 SprengG) oder auf die die für Schußwaffen geltenden Vorschriften anzuwenden sind (§§ 5 und 7 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Februar 1979 (BGBl. I S. 84)). Zur Munition gehören nach § 2 Abs. 2 WaffG auch Treibladungen, die nicht in Hülsen untergebracht sind, deren Abmessungen den Innenmaßen einer Schußwaffe entsprechen und die zum Verschießen aus Schußwaffen bestimmt sind. Kriegswaffen im Sinne des § 1

1.4.3 Die zuständigen Behörden unterliegen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben beim Vollzug des Gesetzes - z.B. bei der Sicherstellung oder der Entnahme einer Probe von explosionsgefährlichen Stoffen - nicht den Erlaubnisvorbehalten und den sonstigen für jedermann geltenden Pflichten und Verboten.

2. Nummer 2 wird wie folgt gefaßt:

"2. Anwendung auf neue Stoffe (§ 2 SprengG)

2.1 Neue, noch nicht in einer Liste nach § 2 Abs. 6 SprengG bekanngemachte Stoffe, bei denen die Annahme begründet ist, daß sie explosionsgefährlich sind, sind vom Hersteller oder Einführer - auch im nicht gewerblichen Bereich - der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (Bundesanstalt) oder dem Bundesinstitut für Chemisch-Technische Untersuchungen beim Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (Bundesinstitut) erst anzuzeigen, wenn sie den Stoff im Geltungsbereich des Gesetzes vertrieben, anderen überlassen oder selbst verwenden wollen. Die Pflicht zur Anzeige entsteht auch für Stoffe, die als Bestandteil eines Gegenstandes, z.B. eines Zünders oder eines pyrotechnischen Gegenstandes, vertrieben, anderen überlassen oder verwendet werden sollen.

Die Annahme, ein fester oder flüssiger Stoff könne explosionsgefährlich sein, ist begründet, wenn der Stoff
- eine Zubereitung aus oxydierenden (brandfördernden) und verbrennbaren Komponenten ist oder

- durch die Fähigkeit zum exothermen Zerfall (positive Bildungsenthalpie, negative Zersetzungsenthalpie, reaktive Gruppen im Molekül) charakterisiert ist.

Die Prüfungen nach Anlage I des Gesetzes sind entbehrlich, sofern thermodynamische Daten für die Stoffe und Zubereitungen (Bildungs-, Zersetzungsenthalpie, Fehlen von reaktiven Gruppen im Molekül) bekannt sind, die außer jedem Zweifel erkennen lassen, daß der Stoff oder die Zubereitung sich nicht unter schneller, wärmeliefernder Bildung von Gasen zersetzen kann, d.h. die Substanz keine Explosionsgefahr darstellt.

2.2 Hat sich der angezeigte Stoff als explosionsgefährlich erwiesen, so teilen die Bundesanstalt oder das Bundesinstitut dies auch der für die Hauptniederlassung des Anzeigenden zuständigen Überwachungsbehörde mit; im Falle eines Stoffes nach § 1 Abs. 3 SprengG übersendet die Bundesanstalt der Überwachungsbehörde einen Abdruck des Feststellungsbescheides.

2.3 Bestehen aufgrund der durchgeführten Prüfungen Zweifel, ob der angezeigte Stoff in die Stoffgruppe C aufzunehmen wäre oder nicht (§ 2 Abs. 3 SprengG), so soll die Bundesanstalt die Beratung dieser Frage im Sachverständigenausschuß beantragen.

2.4 Hält die Überwachungsbehörde hinsichtlich eines Stoffes die Annahme für begründet, daß dieser explosionsgefährlich ist und daß eine Anzeige nach § 2 SprengG nicht erstattet worden ist, so hat sie die Bundesanstalt oder, wenn es sich um einen für ausschließlich militärische Zwecke bestimmten Stoff handelt, das Bundesinstitut zu unterrichten. Bei Gefahr im Verzuge soll die Überwachungsbehörde die erforderlichen Schutzmaßnahmen (§ 32 SprengG oder entsprechende bergrechtliche Vorschriften) treffen."

3. Nummer 3 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 3.1 wird die Angabe "§ 3 Abs. 5" durch "§ 3 Abs. 4" ersetzt.

b) In Nummer 3.1.6 wird folgender Absatz angefügt:

"Zum Verwenden gehören auch die Vorbereitungsarbeiten zum bestimmungsgemäßen Verbrauch von explosionsgefährlichen Stoffen, wie Fertigen von
Schlagpatronen, Einbau von pyrotechnischen Gegenständen in Flugkörper und Geräte, Laden von Kartuschen, Vorderladerwaffen und Böllern."

c) In Nummer 3.2 wird die Angabe "§ 3 Abs. 6" durch "§ 3 Abs. 5" ersetzt.

d) In Nummer 3.2.3 wird die Angabe "§ 3 Abs. 5" durch "§ 3 Abs. 4" ersetzt.

e) In Nummer 3.3 wird die Angabe "§ 3 Abs. 7" durch "§ 3 Abs. 6" ersetzt.

f) In Nummer 3.4 wird die Angabe "§ 3 Abs. 8" durch "§ 3 Abs. 7" ersetzt.

4. Nummer 5 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 5.1 wird wie folgt geässt:

"5.1 Der Zulassungspflicht unterliegen
- explosionsfähliche Stoffe nach § 1 Abs. 1 und Abs. 3 Nrn. 1 und 2 SprengG,
- zum Sprengen bestimmte explosionsfähige Stoffe, die nicht explosionsgefährrlich nach Anlage I SprengG sind,
- Zündmittel und pyrotechnische Gegenstände,
- andere Gegenstände, in denen explosionsfähliche Stoffe nach § 1 Abs. 1 und Abs. 3 Nrn. 1 und 2 SprengG oder explosionsfähige Stoffe nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 SprengG enthalten sind,
- Sprengzubehör."

b) In den Nummern 5.3, 5.4, 5.8, 5.9, 26.3, 30.3, 30.4 und Anlage I Nr. 1.1 wird jeweils die Angabe "BAM" durch "Bundesanstalt" ersetzt.

c) In Nummer 5.7 werden

aa) Satz 1 durch folgende Sätze 1 und 2 ersetzt: "Eine Ausnahmebewilligung nach § 5 Abs. 3 Nr. 1 SprengG kommt insbesondere in Betracht, wenn explosionsfähliche Stoffe oder Sprengzubehör zur Ausfuhr oder Durchfuhr, zur wissenschaftlichen Erprobung oder zur Prüfung von Mustern bestimmt sind. Sie ist in der Regel auf eine bestimmte Art explosionsfählicher Stoffe oder von Sprengzubehör zu beschränken."

und

bb) in dem neuen Satz 6 der Klammernutzusatz

"§ 6 Abs. 1 Nr. 3 Umsatzsteuergesetz in Verbindung mit § 1 der Zweiten


5. In Nummer 8.7 werden nach dem Wort "Hände" die Worte "ggf. unter Verwendung von Hilfsgeräten" eingefügt.

6. Nummer 9 wird wie folgt geändert:

a) Folgende neue Nummer 9.2 wird eingefügt:

"9.2 Als staatliche Lehrgänge im Sinne von § 9 Abs. 1 Nr. 1 SprengG sind anzusehen,

9.2.1 die von der Schule der Technischen Truppe 1 und Fachschule des Heeres für Technik, 5100 Aachen, der Technischen Schule der Luftwaffe 1, 8950 Kaufbeuren sowie der Marinewaffenschule, 2340 Kappeln, für den Umgang mit Munition und Explosivstoffen durchgeführten Lehrgänge,

9.2.2 die von der Erprobungsstelle 91 der Bundeswehr in Meppen für den Umgang mit Munition und Explosivstoffen durchgeführten Lehrgänge für den Erwerb eines Befähigungsscheines für den darin festgelegten Tätigkeitsbereich,

9.2.3 die von der Grenzschutzschule, Fachbereich Waffenwesen, in Lübeck für den Umgang mit Munition und Explosivstoffen durchgeführten Lehrgänge,

9.2.4 die vom Staatlichen Kampfmittelräumdienst des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführten Lehrgänge zur Vorbereitung auf die Truppführerprüfung.

Befähigungszeugnisse über die Teilnahme an einem der o.a. Lehrgänge (Berechtigungsscheine der drei Teilstreitkräfte für Soldaten,
Befähigungsschein für Beamte und Arbeitnehmer der Bundeswehr,
Befähigungsschein M I des Bundesgrenzschutzes, Bescheinigung über die
Befähigung zum Truppführer im Kampfmittelräumdienst des Landes
Nordrhein-Westfalen) sind als Fachkundenausweis für entsprechende
Tätigkeiten anzuerkennen."

b) Die bisherigen Nummern 9.2 bis 9.5 werden Nummern 9.3 bis 9.6 mit der
Maßgabe, daß in der neuen Nummer 9.5 nach dem Wort "Länder" die Worte
und den Bundesminister des Innern" eingefügt werden und Satz 2 gestrichen
wird.

7.

Nummer 10 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 10.1 wird wie folgt gefaßt:

"10.1 Die Erlaubnis und weitere Ausfertigungen der Erlaubnis sind auf
fälschungssicheren Vordrucken der Bundesdruckerei auszustellen.
Die Behörde soll darauf hinwirken, daß in der Vergangenheit auf
nicht fälschungssicheren Papier ausgestellte Erlaubnisse
zurückgegeben und durch solche auf fälschungssicheren Papier
ersetzt werden."

b) Nummer 10.7 wird wie folgt gefaßt:

"10.7 Erlaubnisse zum Sprengen von Bauwerken und
Bauwerksteilen sowie zum Abbrennen von pyrotechnischen
Gegenständen der Klassen III und IV sind erforderlichenfalls
mit der Auflage zu verbinden, eine angemessene
Haftpflichtversicherung (mindestens 1 Mio DM für Per-
sonenschäden, 500.000 DM für Sachschäden und 100.000 DM
für Vermögensschäden) abzuschließen und den Abschluß
sowie das weitere Fortbestehen in angemessenen Zeitab-
ständen der zuständigen Behörde nachzuweisen.
Dem Erlaubnisinhaber zum Abbrennen von
pyrotechnischen Gegenständen der Klasse IV ist durch
Auflage vorzuschreiben, beim Abbrennen der
pyrotechnischen Gegenstände die Anforderungen nach
Anlage 1 zu beachten."
c) In der Nummer 10.10 werden die Sätze 2 und 3 durch folgende Sätze ersetzt:
"Die Anzahl der Ausfertigungen braucht auf der Erlaubnis nach § 7 SprengG (Muster nach Anlage 4) sowie auf den einzelnen Ausfertigungen nicht vermerkt zu werden. Sie muß aus den Akten der zuständigen Behörde hervorgehen."

8. Nummer 13 wird wie folgt geändert:
   a) In Nummer 13.1 wird Abatz 2 wie folgt gefaßt:
      "Die Freistellung nach § 13 Abs. 1 SprengG bezieht sich auch auf das Erwerben und Einführen von Treibladungspulver in Patronenhülsen zum Zwecke der Herstellung von Munition."

   b) In Nummer 13.2 werden nach Satz 1 folgende Sätze eingefügt:

      Wird in dem Befähigungs nachweis noch auf die "alte" Randnummer 10 170 Bezug genommen, so ist ebenfalls kein Befähigungsschein nach § 20 SprengG erforderlich."

      Dies bisherigen Sätze 2 und 3 werden Sätze 4 und 5.

9. Nummer 17.1 wird wie folgt gefaßt:
   "17.1 Die Genehmigungspflicht erstreckt sich auf
      - explosionsgefährliche Stoffe nach § 1 Abs. 1 und Abs. 3 SprengG,
      - zum Sprengen bestimmte explosionsfähige Stoffe, die nicht explosionsgefährlich nach Anlage I SprengG sind,
      - Zündmittel und pyrotechnische Gegenstände,
      - andere Gegenstände, die explosionsgefährliche Stoffe nach § 1 Abs. 1 oder Abs. 3 SprengG oder explosionsfähige Stoffe im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 1 SprengG enthalten."
10. In Nummer 19.2.1 Satz 2 wird die Angabe "der Anlage II" durch "nach § 1 Abs. 3 Nrn. 2 und 3 SprengG" ersetzt.

11. In Nummer 20.2 wird der letzte Satz durch folgenden Satz ersetzt:
"Der Befähigungschein und weitere Ausfertigungen des Befähigungscheines sind auf fälschungssicheren Vordrucken der Bundesdruckerei auszustellen."


13. Nummer 27 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 27.1 wird wie folgt geändert:
"27.1 Die Erlaubnispflicht erstreckt sich auf das nicht gewerbliche Umgehen mit sowie auf das nicht gewerbliche Erwerben und Befördern von
- explosionsgefährlichen Stoffen nach § 1 Abs. 1 SprengG,
- zum Sprengen bestimmten explosionsfähigen Stoffen, die nicht explosiongefährlich nach Anlage I SprengG sind (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 SprengG),
- Zündmitteln und pyrotechnischen Gegenständen (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 SprengG),
- anderen Gegenständen im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 3 SprengG.

Die Erlaubnispflicht bezieht sich auch auf das nicht gewerbliche Laden und Wiederaufen von Patronenhülsen und das Verwenden von Treibladungspulver zum Vorderlader- und zum Böllerschießen."

b) In Nummer 27.3.3 wird folgender Satz angefügt:

Nehmen Angehörige der US-Streitkräfte in dienstlichem Auftrag an Vorderlader-Schießwettbewerben deutscher Veranstalter teil, benötigen sie keine sprengstoffrechtliche Erlaubnis nach § 27 SprengG."
Die waffenrechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt."

c) Nummer 27.6 wird wie folgt gefaßt:

d) In Nummer 27.12 wird der letzte Satz durch folgenden Satz ersetzt:
"In Betracht kommen im wesentlichen nur Mitglieder von Schießsportvereinigungen und von Vereinigungen, deren Mitglieder Bauelemente von pyrotechnischen Gegenständen (z.B. Modellraketen) zusammensetzen oder bearbeiten."

e) In Nummer 27.15 wird der erste Satz durch folgenden Satz ersetzt:
"Die Erlaubnis und weitere Ausfertigungen der Erlaubnis sind auf fälschungssicheren Vordrucken der Bundesdruckerei auszustellen."

ordnungsgemäß eingetragen worden sind. Weitere Kontrollen sollen nur vorgenommen werden, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß die eingeführten Explosivstoffe Unberechtigten überlassen oder mißbräuchlich verwendet worden sind oder werden sollen oder wenn die Stoffe nicht zugelassen sind.

15. In Nummer 32.4 wird die Angabe "der Anlage II zum Gesetz" durch "nach § 1 Abs. 3 SprengG" ersetzt.

16. In Nummer 33.4 wird die Angabe "der Anlage II zum Gesetz" durch "nach § 1 Abs. 3 SprengG" und die Angabe "der Anlage II Abschnitt B und C zum Gesetz" durch "nach § 1 Abs. 3 Nr. 3 SprengG" ersetzt; die Klammerangabe wird gestrichen.

17. In Nummer 37 werden nach der Angabe "(BGBl. I S. 503)" folgende Worte eingefügt: 
"; geändert durch Verordnung vom 10. Juni 1983 (BGBl. I S. 702)".

18. In Nummer 40 werden die Bezeichnung "40.1" und die gesamte Nummer 40.2 gestrichen.

19. In Nummer 42.1 wird die Angabe "der Anlage II zum Gesetz" durch "nach § 1 Abs. 3 SprengG" ersetzt.

20. Im Verzeichnis der Anlagen wird hinsichtlich der Anlage 2 die Angabe "(Geschäftshäuser)" gestrichen.

21. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1.4 wird wie folgt gefaßt:
"1.4 Bei Windgeschwindigkeiten von 9 m/s und mehr dürfen nur noch Bodenfeuerwerke abgebrannt werden."

b) Nummer 1.5 wird wie folgt gefaßt:
"1.5 Das Feuerwerk muß spätestens um 22 Uhr Mitteleuropäischer Zeit (MEZ), im Mai, Juni und Juli spätestens um 22.30 Uhr MEZ, beendet
sein. Während der Zeiten, in denen die Mitteleuropäische Sommerzeit (MESZ) als gesetzliche Zeit vorgeschrieben ist, muß das Feuerwerk spätestens um 22.30 Uhr MESZ, im Mai, Juni und Juli spätestens um 23 Uhr MESZ beendet sein.

c) Folgende Nummer 1.7 wird eingefügt:
"1.7 Beim Auftau und beim Abbrennen des Feuerwerks müssen mindestens zwei Personen anwesend sein; eine Person kann auch eine geeignete Hilfsperson sein."

d) Nummer 2.3 werden folgende Sätze 2 und 3 angefügt:
"Devon kann abgesehen werden, wenn die Zustimmung der Anlieger vorliegt.
§ 23 Abs. 1 Satz 3 der 1. SprengV bleibt unberührt."

e) Nummer 3.1. wird folgender Satz 3 angefügt:
"Für Bombetten bis 60 mm ohne Blitzladung dürfen auch hautlos gezogene Stahlrohre und Aluminiumrohre verwendet werden."

f) In Nummer 3.3 werden nach dem Wort "Stahlrohre" die Worte "und Aluminiumrohre" eingefügt.

g) In Nummer 4.9 werden die Worte "aus nichtbrennbarem Material" gestrichen.

Anlage 2 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird die Angabe "(Geschäftshäuser)" gestrichen.

b) In Nummer 1.10 wird das Wort "Geschäftshäusern" durch "Verkaufsgeschäften" ersetzt.

c) In Nummer 2.1 werden das Wort "feilgehalten"- durch "feilgeboten" und das Wort "Blisterverpackung" durch "Klarsichtverpackung" ersetzt.

d) In Nummer 3 werden die Worte "in Geschäftshäusern" gestrichen.

e) In Nummer 3.1 wird das Wort "Geschäftshäusern" durch "Verkaufsgeschäften" ersetzt.
f) In Nummer 3.4 wird in Satz 2 das Wort "Bliesterverpackung" durch "Klarsichtverpackung" ersetzt.

g) In Nummer 3.5 werden die Worte "An Räumen" durch die Worte "An den Zugängen zu Räumen und in den Räumen" ersetzt.

h) Nummer 3.8 wird folgender Satz 2 angefügt:
"Über die Belehrung ist ein schriftlicher Nachweis zu führen."

23. Anlage 4 wird wie folgt geändert:
a) Abschnitt IV wird gestrichen.

b) In Nummer 2 der Hinweise werden im zweiten Halbsatz des zweiten Satzes nach dem Wort "Empfangnahme" die Worte "durch Vorlage des Erlaubnisbescheides und" eingefügt.

24. In Anlage 8 werden die Hinweise um folgende Nummern 9 und 10 ergänzt:


Artikel 2

Der Bundesminister des Innern kann die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Sprengstoffgesetz in der sich aus Artikel 1 ergebenden Fassung neu bekanntmachen.

Artikel 3

Begründung

Durch die vorliegende Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Sprengstoffgesetz soll diese den durch das Erste Gesetz zur Änderung des Sprengstoffgesetzes und die Dritte Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz eingetretenen Änderungen angepaßt werden. Ferner werden einzelne Vorschriften aufgrund neuerer sicherheitstechnischer Erkenntnisse sowie verwaltungsmaßiger Erfahrungen geändert und ergänzt.

Die Verwaltungsvorschrift enthält u.a. folgende Änderungen:

- Anpassung der Vorschriften über den Geltungsbereich an das neue Erfassungssystem im Sprengstoffgesetz (Artikel 1 Nr. 1.1 bis 1.3),

- Abgrenzung des Anwendungsbereichs des Sprengstoffgesetzes zu den Vorschriften des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen (KWKG) (Artikel 1 Nr. 1.4.2),

- Erlass ergänzender Vorschriften über die Anzeige und Feststellung neuer explosiongefährlicher Stoffe (Artikel 1 Nr. 2),

- Benennung bestimmter staatlicher Lehrgänge, die als Fachkundenausweis für eine Betätigung im Kampfmittelräumdienst anzuerkennen sind (Artikel 1 Nr. 6 Buchstabe a),

- Verpflichtung der Erlaubnisbehörde zur Verwendung fälschungssicherer Formularvordrucke bei der Ausstellung sprengstoffrechtlicher Erlaubnisse (Artikel 1 Nrn. 7, 11 und 13),

- Erweiterung der Verpflichtung zum Abschluß einer Haftpflichtversicherung auf das Sprengen von Bauwerken und Bauwerksteilen (Artikel 1 Nr. 7 b),

- Verbesserung der Kontrolle der Einfuhr explosionsgefährlicher Stoffe durch die Überwachungsbehörden (Artikel 1 Nr. 14),

- Vorverlagerung des Abbrennens von Feuerwerken während der Sommermonate aus Lärmschutzgründen um eine halbe Stunde (Artikel 1 Nr. 21),
Ausdehnung der Ausnahmeverordnung für die Aufbewahrung pyrotechnischer Gegenstände auf Verkaufsräume von Ladengeschäften - Wegfall der Beschränkung auf Geschäftshäuser (Artikel 1 Nr. 22).

Empfehlungen
der Ausschüsse

zur

Zweiten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Sprengstoffgesetz

Punkt der 570. Sitzung des Bundesrates am 7. November 1986

A.

1. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik empfiehlt dem Bundesrat, der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift gemäß Artikel 84 Abs. 2 des Grundgesetzes mit folgender Maßgabe zuzustimmen:

Zu Art. 1 Nrn. 7 Buchst. a, 11, 13 Buchst. e
(Nrn. 10.1 Satz 1, 20.2, 27.15)

In Artikel 1 Nr. 7 Buchst. a sind in Nummer 10.1 Satz 1 nach dem Wort "Bundesdruckerei" einzufügen die Worte "nach dem Muster der Anlage 4",

in Artikel 1 Nr. 11 sind nach dem Wort "Bundesdruckerei" einzufügen die Worte "nach dem Muster der Anlage 6"

und

in Artikel 1 Nr. 13 Buchst. e sind nach dem Wort "Bundesdruckerei" einzufügen die Worte "nach dem Muster der Anlage 8".

Begründung:

Klarstellung, daß die jeweils angeführten Muster zu verwenden sind.
2. Der federführende Ausschuß für Innere Angelegenheiten und der Wirtschaftsausschuß empfehlen dem Bundesrat, der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift gemäß Artikel 84 Abs. 2 des Grundgesetzes zuzustimmen.
Beschluss

des Bundesrates

zur

Zweiten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Sprengstoffgesetz

Der Bundesrat hat in seiner 570. Sitzung am 7. November 1986 beschlossen, der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift gemäß Artikel 84 Abs. 2 des Grundgesetzes mit folgender Maßgabe zuzustimmen:

Zu Art. 1 Nrn. 7 Buchst. a, 11, 13 Buchst. e
(Nrn. 10.1 Satz 1, 20.2, 27.15)

In Artikel 1 Nr. 7 Buchst. a sind in Nummer 10.1 Satz 1 nach dem Wort "Bundesdruckerei" einzufügen die Worte, "nach dem Muster der Anlage 4",

in Artikel 1 Nr. 11 sind nach dem Wort "Bundesdruckerei" einzufügen die Worte "nach dem Muster der Anlage 6"

und

in Artikel 1 Nr. 13 Buchst. e sind nach dem Wort "Bundesdruckerei" einzufügen die Worte "nach dem Muster der Anlage 8".

Begründung:
Klarstellung, daß die jeweils angeführten Muster zu verwenden sind.